

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Zwei Belegexemplaren und in allen Kassen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Abonnementspreise monatlich (inkl. Post) 2 RM. (halbjährlich 10 RM., jährlich 20 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpostfach 2 / Fernsprecher: 17 250 / Druckerei: Dresden-Alt 18 690, Dresdener Verlagsgesellschaft
Schlüsselung: Dresden-Alt, Osterbahnpostfach 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtschlüssel: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Dienstag 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

4. Jahrgang

Dresden, Montag den 19. März 1928

Nummer 67

Ein Anschlag Englands

Die Sabotageakte im Donezgebiet ein Werk der Agenten Chamberlains

Die deutsch-nationale Presse, die in dem deutsch-russischen Konflikt in der schärfsten Form gegen die Sowjetunion hefte und teilweise ganz offen den Abbruch der Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion verlangt, verbreitet heute morgen folgende sensationelle Meldung:

Berlin, 18. März.

Es hat, wenn wir recht unterrichtet sind, den Anschein, als ob sich der Schleier über dem Geheimnis der Verhaftung der deutschen Ingenieure in Rußland zu lüften beginnt. Von jenseit der unterrichteter Seite erhalten wir eine Darstellung, die, falls sie sich als zutreffend herausstellen sollte, geeignet wäre, nicht nur die gesamten Vorgänge in ein ganz neues Licht zu rufen, sondern darüber hinaus in der politischen Welt das größte Aufsehen zu erregen. Nach dieser Darstellung soll es zutreffen, daß wie die Kisten behaupten, Sabotageakte großen Stils tatsächlich im Donezgebiet vorgekommen sind. Darauf bezügliche Schriftstücke, aus denen Ablicht und Plan hervorgeht, sollen denn auch wirklich bei den deutschen Ingenieuren eingekommen worden sein. Nunmehr soll sich aber herausgestellt haben, daß diese Schriftstücke von den wahren Tätern in die Schreibröhren der deutschen Ingenieure eingeschmuggelt worden sind. Nach der Darstellung, die uns gegeben wird, ist Anlaß zu der Annahme gegeben, daß die Drahtzieher der gesamten Angelegenheit Engländer sind, und zwar englische Techniker und Ingenieure, die ebenfalls im Donezgebiet arbeiten. — Sollte das zutreffen, so würde es sich um einen allerdings verwerflichen, raffinierten Versuch handeln, das deutsch-russische Verhältnis nachdrücklich zu kühlen. Eine Behauptung der zunächst recht phantastisch anmutenden Information bleibt natürlich abzuwarten.

In dieser Meldung interessiert zunächst die Tatsache, daß jetzt auch die antibolschewistische Hechpresse zugaben muß, was früher abgelehnt wurde, nämlich das, daß „Sabotageakte großen Stils tatsächlich vorgekommen sind.“ Es braucht auch keineswegs in Zweifel gestellt werden, daß die Agenten Chamberlains, wie schon so oft festgestellt wurde, so auch diesmal wieder ihre Hand im Spiele haben werden. Tatsache ist ja, daß kurzzeitig im Donezgebiet eine

große Anzahl englischer Spezialisten tätig ist, von denen ja die Ingenieure der englischen Firma Bickers ebenfalls verhaftet wurden. Eine Bestätigung dieser von der deutsch-nationalen Presse aufgestellten Behauptungen bleibt abzuwarten, zumal mit dieser Meldung auch die Absicht verbunden ist, die Beteiligung Deutscher an den Anschlägen auf die Sowjetwirtschaft abzuleugnen.

Zwei der deutschen Ingenieure freigelassen

Moskau, 17. März. Volkstummel der Auswärtigen Amtschefin teilte dem deutschen Botschafter mit, daß Oberingenieur Goldstein und Ingenieur Wagener freigelassen worden sind. Wann und ob die Freilassung der übrigen vier deutschen Ingenieure erfolgt, steht nicht fest, doch wird seitens der deutschen Botschaft unter Berufung auf den Wiederlassungsvertrag darauf hingewirkt, daß ein deutscher Konsularbeamter zu den Gelangenen Zutritt erhält.

Die gesamte bürgerliche Presse versucht die Freilassung des ersten Technikers und des Ingenieurs Wagener so darzustellen, als ob sie unter dem Druck der deutschen Regierung erfolgt sei. Der Vorwärts gibt sich die größte Mühe und versucht begreiflich zu machen, daß es der Regierung nicht nur gelungen sei die Freilassung zu erwirken, sondern daß nun auch der „Zwangsverzicht“ der Sowjetregierung angeführten „Belohnungen“ offensichtlich sei.

Demgegenüber sei betont, daß die Freilassung der beiden Verhafteten absolut unabhängig von irgendwelchen Forderungen erfolgt ist. Die Sowjetregierung lehnt es ganz energisch ab, daß sich Deutschland in die Rechtsprechung der Regierung einmische. Als Beweis gilt auch die Tatsache, daß die Ingenieure Goldstein aus der UdSSR ausgewiesen hat. Er wird heute mit anderen Rußland verlassen.

Es gehört eben eine große Freistigkeit dazu, die Lüge zu konstruieren, als hätte die Sowjetunion die Anklagebildungen zurückgenommen.

Zischkewitsch antwortet Stresemann

Nach einer Moskauer Meldung der Bolschewischen Zeitung vertrat Genosse Zischkewitsch, daß die Verantwortung für die Unterbrechung der Berliner Verhandlungen ausschließlich auf deutscher Seite liege. Sie wurden auf Veranlassung der Reichsregierung eingeleitet und jetzt abgebrochen, nachdem es den deutschen Unterhändlern infolge der parlamentarischen Lage und der Regierungskrise nicht möglich war, sie erfolgreich fortzuführen. Die Verhaftung der deutschen Ingenieure ist nur ein Vorwand für den Abbruch der Verhandlungen. Jeder Versuch, durch eine solche Taktik auf die Sowjetregierung in den Wirtschaftsverhandlungen einen Druck auszuüben, ist ohne Aussichtlos.

Die Sowjetliga hebt die Tendenz deutscher Regierungspolitik hervor, die Verhaftung der deutschen Ingenieure zunächst als einem politisch folgenschweren Ereignis aufzubauen. Die Sowjetdelegation habe übrigens — natürlich aus ganz anderen Beweggründen heraus, als die Reichsregierung — schon am 12. dieses Monats die Unterbrechung der Verhandlungen vorgeschlagen. Seitens der Sowjetunion wurden bei diesen Verhandlungen, die im Zusammenhang mit einer sehr ersten Kontroversenaktion vorgenommen worden sind, alle Bestimmungen der Verträge auf das genaueste eingehalten. Die sowjetischen Untersuchungsbehörden führen die Untersuchung mit der Energie, die der Bedeutung des aufgedeckten Kontroversenaktion entspricht. Es kommt niemandem zu, diese wichtigen Tätigkeiten der Untersuchungsbehörden zu beeinflussen. Die Ergebnisse der Untersuchung werden in aller Öffentlichkeit veröffentlicht werden. Wenn die deutschen Behörden auf die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion tatsächlich Wert legen, so sollten sie diese Ergebnisse ohne nervöse Schwanken abwarten.

Die Hebe der Wirtschaftskapitäne

Der Reichsverband der Deutschen Industrie, die Spitzenorganisation des deutschen Großkapitals, hat in einer Entschiedenheit gegen das Vorgehen der Sowjetregierung Protest erhoben und den Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen „unerbittlich“ geäußert. Es bedürfte wohl nicht erst dieser öffentlichen Erklärung, um zu wissen, wo die Drahtzieher der ganzen sowjetischen feindseligen Aktion zu suchen sind.

In der Rundgebung, die vom Reichsverband der Deutschen Industrie und den anderen Spitzenverbänden der deutschen Kapitalisten unterzeichnet ist, wird gegen die Sowjetunion ein provozierend feindseliger Ton angeschlagen. Es heißt dort, daß bei

„praktische Wert der mit der Sowjetunion abgeschlossenen Verträge in Frage gestellt werde.“ Bis zur völligen Klärung der Angelegenheit wird über die Sowjetunion ein wirtschaftlicher Boykott verhängt, da sich „niemand zur Aufnahme einer Tätigkeit in Rußland bereitfinden werde“.

Nach dem Vorfall der großkapitalistischen Wirtschaftskapitäne auch die ganze Presse. Die „Tägliche Rundschau“ droht mit „Schwierigkeiten“ in den Wirtschaftsbeziehungen, weshalb die Sowjetregierung „mit daran tun wird, möglichst schnell die Spannung zu heben“. Die Deutsche Tageszeitung knüpft an angebliche Äußerungen Zischkewitschs die Behauptung, daß die „weiteren Folgen für die Entwicklung der deutsch-russischen Beziehung gar nicht abzusehen sind“. Der Dresdener Anzeiger von heute morgen enthüllt aber, daß es den interessiertesten Kreisen gar nicht darauf ankommt, den Konflikt mit der Sowjetunion beizulegen. Im Gegenteil. Die deutschen Imperialisten wollen den Bruch. Das bekräftigt der Anzeiger, indem er sagt, daß auch nach der Haftentlassung der deutschen Ingenieure, die durch die Verhaftung herbeigeführte politische Lage dadurch keineswegs eine grundlegende Veränderung erfahren habe. Die Forderungen, die der Reichsaussenminister dem Sowjetbotschafter unterbreitet hat, werden weiter aufrechterhalten.“ Damit ist erwiesen, daß die treibenden Kräfte auf jeden Fall den Konflikt zum Bruch treiben wollen.

Ein Ablenkungsmanöver

Berlin, 19. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Der eingeleitete Untersuchungsanspruch, der mit Hilfe der SPD zur Vertuschung des Hoebus-Skandals gebildet wurde, wird Mitte der Woche seine Arbeit beenden.

Um die Öffentlichkeit auch weiterhin über Größe und Umfang des Korruptions-Skandals und die durch die Kommunisten gemachten Enthüllungen im Haushaltsausmaß über die Geheimrückstellungen des neudeutschen Imperialismus hinwegzutäuschen, verläßt man jetzt neben dem Kapitän Vohmann noch den lehrten Admiralschef der Marine, Jenker, in die Wüste zu schicken. Man glaubt damit, sich gleichzeitig den Boden zu schaffen, um einen Teil der Kapitän-Vohmann-Unternehmungen weiterhin bestehen zu lassen, um sie für Zwecke der geheimen Aufklärung zu benutzen.

Die Welt am Montag schreibt in ihrem Kommentar zu dieser Angelegenheit: „Frage ist noch, ob man imlande sein wird, die einen oder die anderen Unternehmungen des Kapitäns Vohmann bestehen zu lassen“.

In der Kriegsfront

Die letzte Genfer Völkerbundstagung — nach außen stiller als ihre Vorgängerinnen — beginnt schon ihre Früchte zu tragen: offen schwimmt die deutsche Bourgeoisie in die von England organisierte Antisowjetfront ein. Die Verhaftung der industriellen Ingenieure war nicht mehr wie ein Vorwand für den Bruch: bürgerliche Blätter bemerken, daß die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen auch ohne dies schon an einem toten Punkte angelangt waren. Die BZ am Mittag vom 16. schreibt offen, daß die Kreditforderungen der Russen „keine Gegenliebe gefunden“ hätten, denn das Mißtrauen gegen die Sowjetwirtschaft ist in allen industriellen und wirtschaftlichen Kreisen, nicht nur in Deutschland, noch längst nicht beseitigt. Man war offensichtlich schon seit Wochen entschlossen, die Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland zum Bruch zu treiben, man hat schon unter diesem Gesichtspunkte das Zusammenwirken mit französischen Kapitalistengruppen zur gemeinsamen Vertreibung des russischen Außenhandelsmonopols eingeleitet — aber jetzt hat man sich offenbar entschlossen, in weitest möglicher Weise den entscheidenden Schritt zu tun. Der Temps, das offizielle Organ der französischen Regierung, wird schon wissen, warum er — übrigens in Übereinstimmung mit den führenden konservativen Blättern Englands — den „vorläufigen“ Abbruch der russisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen als ersten Schritt auf dem Wege zur formellen Kündigung der Verträge von Rapallo und Versailles begrüßt.

Was ist geschehen? Die Verhaftung einiger deutscher Staatsangehöriger durch die russischen Staatsorgane. Derartige hat sich schon mehrmals abgepielt — und gerade die jetzige Sabotageaffäre ist von solcher Reichartigkeit, daß die deutsche Regierung, wenn sie auf den Fortbestand der Beziehungen zu Rußland irgendwelchen Wert legen würde, daran wohlwollt, ihre Rolle nicht in diese Angelegenheit hineinzustechen. Aber man braucht die deutsch-russischen Beziehungen offenbar nicht mehr: sie haben, so scheint es, für die deutsche Bourgeoisie ihren Zweck, zu einem möglichst hohen Preis an die imperialistischen Gruppen des Westens losgeschlagen zu werden, erfüllt. Die BZ vom 16. bringt eine offenbar durchaus ernst zu nehmende Londoner Meldung, wonach im Anschluß an die Genfer Verhandlungen Stresemanns mit Briand — die englische Regierung eine Denkschrift über die Regelung der internationalen Schuldenfragen verfaßt habe: die Schulden der Alliierten an Amerika sollen mit den deutschen Reparationszahlungen in der Weise ausgeglichen werden, daß beide durch eine deutsche Zahlungspflicht an die Vereinigten Staaten unter Bürgschaft der Alliierten erlegt werden. Deutschland also nicht mehr Reparationen zu bezahlen braucht, als Amerika von seinen Kriegsanleihen endgültig einzuziehen will. Und im Zusammenhang damit würde Deutschland die sofortige Räumung des Rheinlandes und Regelung der Saarfrage zugestanden erhalten. — Eine solche Regelung der Streitfragen wäre zweifellos das günstigste, was vom deutschen Standpunkte aus in absehbarer Zeit herausgeholt wäre — schon möglich, daß sich Stresemann verpflichtet hat, sie durch eine einseitige Liquidation der deutsch-russischen Beziehungen zu erkaufen, um den Preis der englisch-französischen Zustimmung zu einer derartigen Schuldenregelung mit voller Kraft in die Antisowjetfront einzuschwenken.

Ob es nun schon soweit ist oder nicht — sicher nicht das eine ist, daß die gegenwärtige Krise der deutsch-russischen Beziehungen die Gefahr des antibolschewistischen Interventionenkrieges sichtbar näher rückt. Wer gegen den imperialistischen Krieg ist, muß das merken — und wer es nicht merken will, zeigt damit nur, daß er an der Vorbereitung des Krieges mitarbeitet. Herr Stämpfer, der Chefredakteur des Vorwärts, ist kein solcher Held, daß er nicht sehr genau wüßte, was er tut, wenn er in der Morgenausgabe vom 16. schreibt:

„Unbeschadet unserer sonstigen Stellungnahme zur gegenwärtigen Regierung stehen wir nicht an, zu erklären, daß wir sowohl die Erklärung Stresemanns gegenüber dem Reichstages-Konflikt, wie auch die sonstigen Beschlüsse des Reichstages rückhaltlos billigen.“

Das ist nichts anderes, als ein Treibrief für jede Kriegshandlung. Das ist noch schlimmer als der 4. August, den man noch immer als ein Schicksal mit vollzogener Tatsache bezeichnen konnte, der ein Verrat am Kampfe gegen den Krieg war, zu einer Zeit, wo jedenfalls der Kriegsausbruch nicht mehr verhindert werden konnte. Aber was der Vorwärts heute tut, ist mehr: es ist eine bewußte und offene Teilnahme an der Vorbereitung des Krieges, es ist ein Wechsell, der — zu einer Zeit, wo die Verhinderung des Krieges durchaus denkbar wäre, der deutschen Bourgeoisie ausgestellt wird: organisiert den Krieg — wir versprechen euch schon heute, daß wir ihn unterstützen werden. Ja, so weit geht die Schamlosigkeit, daß sich die Sozialverräter schon heute als Minister des Kriegskabinetts anbieten:

„Was es sei mit aller Deutlichkeit hinzugefügt: auch eine rein sozialistische deutsche Regierung hätte in diesem Falle nicht